

Antrag

der Fraktion Die Linke

Hitzeschutzplan für Berlin entwickeln

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Erarbeitung eines umfassenden Konzepts für einen Hitzeschutzplan für Berlin zu beschleunigen und zügig abzuschließen. Der Hitzeschutzplan soll insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen schützen. Bei der Erarbeitung sind soziostrukturelle Faktoren zu berücksichtigen, damit sich die Maßnahmen gezielt an die besonders stark betroffenen Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen, stark von Hitze gefährdeten Arbeitsplätzen und niedrigem sozialen Status orientieren. Dazu soll der Senat Gespräche mit Vertretungen besonders betroffener Gruppen, beispielsweise Seniorenvertretungen, weiteren Akteur*innen aus Pflege und Gesundheit sowie Bezirken und sozialen Trägern aufnehmen.

Dieser Hitzeschutzplan soll folgende Maßnahmen beinhalten:

1. Überwachungs- und Frühwarnsysteme zur Warnung relevanter Einrichtungen sowie der Bevölkerung (z.B. über die Fahrgastinformationssysteme des ÖPNV) mit Hinweisen zu angepasstem Verhalten werden eingerichtet.
2. Die bestehenden Modellprojekte der "Hitzehilfe" für Obdachlose müssen in die Regelfinanzierung überführt und perspektivisch ausgebaut werden. Zudem müssen obdachlose Menschen gezielt u.a. durch aufsuchende Sozialarbeit unterstützt und über Angebote der Hitzehilfe informiert werden. Das Angebot muss während der gesamten Hitzeperiode aufrechterhalten werden und neben der Ausgabe von Sonnencreme, Getränken und vor Sonne schützender Kleidung und Hüten die flächendeckende Bereitstellung von Rückzugsräumen vor Hitze sowie Beratungsleistungen sicherstellen.
3. Öffentlich zugänglich geeignete Gebäude, beispielsweise Bibliotheken, Einkaufszentren,

Kirchen und U- sowie S-Bahnhöfe, werden für die Nutzung als Kühlzonen in Hitzephasen vorbereitet und zugänglich gemacht. Dazu führen Senat und Bezirke Gespräche mit Trägern und Eigentümern.

4. Die Senatsverwaltung für Gesundheit sowie die weiteren beteiligten Verwaltungen nehmen Gespräche mit den Trägern von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit Bezirken und Sozialträgern auf, um die Erstellung und Umsetzung von individuellen und auf vulnerable Gruppen angepasste Hitzeschutzpläne und den Gesundheitsschutz in Hitzeperioden nachprüfbar umzusetzen sowie erforderliche bauliche Maßnahmen zum Hitzeschutz vorzubereiten.

5. Bildungskampagnen werden konzipiert, mit dem Ziel, die Bevölkerung über die Risiken von Hitze und angepasste Verhaltensformen zu informieren.

6. Wasserspender und Trinkbrunnen werden flächendeckend auf dem gesamten Stadtgebiet, insbesondere an Mobilitätsknoten und in stark frequentierten Gebieten, installiert. Auf öffentlichen Plätzen wird die Einrichtung von Wasserspielen und Nebelduschen nach dem Vorbild anderer europäischer Städte vorgesehen.

7. Die städtische Infrastruktur wird den Anforderungen steigender Temperaturen angepasst. Dazu gehören Maßnahmen zur Verschattung an Haltestellen des ÖPNV, die weitere Klimatisierung von Fahrzeugen des ÖPNV sowie die Ausweitung reflektierender oder kühlender Straßenbelägen, um die Wärmespeicherung in der Stadt zu reduzieren. In den Bezirken werden Beauftragte oder Teams für Hitzeschutz gebildet und besonders heiße Plätze und Räume identifiziert. Bei Modernisierung und Umbau öffentlicher Plätze und Wege sind bereits in der Planungsphase schattenspendende Bäume und bauliche Einrichtungen zu integrieren.

8. Eine Priorität liegt auf den Freibädern der Stadt. Der Senat legt einen Sanierungs- und Neubauplan für die Berliner Bäderbetriebe vor. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten und eine Verringerung der Eintrittspreise wird angestrebt. Über Schwimmkurse und die Kooperation mit Schulen und Kitas wird sichergestellt, dass möglichst viele Berliner*innen einen sicheren Zugang dazu erhalten.

9. Mittelfristig werden Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen stadtweit, insbesondere jedoch in besonders belasteten Gebieten nach Umweltgerechtigkeitsatlas, gefördert. Die Begrünung von Dächern sowie Fassaden wird weiterhin gefördert und Straßenbaumprogramme ausgeweitet. Nicht notwendige Rodungsvorhaben, wie im Falle des Emmauswaldes in Berlin-Neukölln werden eingestellt. Das Tempelhofer-Feld bleibt als wichtiger Naturraum und Frischluftschneise erhalten. Um die Grünversorgung auch in unterversorgten Gebieten zu verbessern, wird in diesen Gebieten gezielt der Ankauf von Flächen zur Verbesserung der Grünflächenversorgung geprüft.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig zum 31. Dezember 2024 und sodann jährlich zu berichten.

Begründung:

2022 starben nach Angaben des Statistischen Landesamtes 416 Menschen an Hitze, im Jahr vergangenen Jahr waren es mehr als 100. Gefährdet sind insbesondere kleine Kinder, aber auch vorerkrankte, und ältere Menschen sowie Alleinlebende und wohnungslose Menschen und Menschen, die im Freien körperliche Arbeiten verrichten.

2023 war insgesamt das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Im Jahr davor erlebte Berlin die höchste Zahl an Hitzetagen. Dieses Jahr könnte es noch wärmer werden. Seit 2010 steigen die Hitzetage in unserer Stadt deutlich an. Berlins Bevölkerung ist in einer hochverdichteten Großstadt diesen Klimaextremen im besonderen Maße ausgesetzt. Denn gerade in Städten steigen die Temperaturen während Hitzewellen durch die flächendeckende Versiegelung und dichte Bebauung besonders stark an (städtischer Wärmeinseleffekt): Eine Innenstadt speichert die Wärmestrahlung tagsüber und gibt sie nachts nur reduziert wieder ab. Auch die Nächte bringen daher wenig Abkühlung. Die innerstädtische Minimaltemperatur kann während der Nacht daher um bis zu 10 Grad Celsius über der am Stadtrand liegen. Eine Studie der TU Berlin, die neben anderen europäischen Städten auch Berlin untersucht hat, zeigt, dass ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders stark von den hitzebedingten Auswirkungen betroffen sind. Gerade Menschen mit geringem Einkommen und niedrigem sozialen Status leben vornehmlich in dicht besiedelten Vierteln mit starker Versiegelung, weniger Grünflächen und besonders stark befahrenen Straßen. Sie arbeiten häufiger in Jobs, bei denen sie der Hitze stark ausgesetzt sind. Ihre Wohnungen sind eher sanierungsbedürftig und schlecht isoliert und sie haben weniger Zugang zu Grün- und Ausgleichsflächen als Menschen mit höherem sozioökonomischem Status. Hinzu kommt, dass sozial deprivierte Gruppen deutlich häufiger von Vorerkrankungen, die die Anfälligkeit für Hitze erhöhen, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes, betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund braucht Berlin dringend einen Hitzeschutzplan, der sich an den Bedürfnissen besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen orientiert. Die konkreten Hitzeschutzmaßnahmen sollten sich daher direkt an die besonders gefährdeten Gruppen Kinder, Alte, Vorerkrankte, obdachlose und an im Freien arbeitende Personen richten. Zusätzlich sollten sie sich auch an den soziostrukturellen Gegebenheiten in den jeweiligen Viertel und Kiezen orientieren, damit der Hitzeschutz vor allem dort erhöht wird, wo auch die größten Auswirkungen der Hitze zu erwarten sind.

Berlin, den 25.06.2024

Helm Schulze Koçak
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke